

02.057

Finanzplan 2004–2006 Plan financier 2004–2006

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht des Bundesrates 30.09.02

Rapport du Conseil fédéral 30.09.02

Bestellung: BBL, Vertrieb Publikationen, 3003 Bern

Commande: OFCL, diffusion des publications, 3003 Berne

Nationalrat/Conseil national 26.11.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 28.11.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.02 (Fortsetzung – Suite)

02.067

Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes

Mesures visant à alléger les finances fédérales

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 30.09.02 (BBl 2002 6965)

Message du Conseil fédéral 30.09.02 (FF 2002 6482)

Nationalrat/Conseil national 26.11.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 26.11.02 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.02 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 13.12.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.02 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBl 2002 8352)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2002 7772)

Text des Erlasses 3 (BBl 2002 8348)

Texte de l'acte législatif 3 (FF 2002 7768)

Antrag Reimann

Rückweisung des Voranschlages (02.055) an die Kommission

mit der Auflage, dem Plenum unter Kürzung der Ausgaben ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dabei sind die Kürzungen insbesondere nach den folgenden Kriterien vorzunehmen:

- sie sind auf alle Departemente und die Bundeskanzlei zu verteilen;
- sie erfassen primär jene Sachbereiche, die in den letzten zehn Jahren prozentual das grösste Ausgabenwachstum verzeichnet haben;
- sie gehen mindestens zu einem Drittel zulasten der Positionen Personalausgaben und Dienstleistungen Dritter.

Antrag Büttiker

Nichteintreten auf die Vorlage 02.067, 3. Postgesetz

Proposition Reimann

Renvoi du budget (02.055) à la commission

en la chargeant de présenter à l'Assemblée plénière un budget équilibré grâce à des coupes budgétaires auxquelles il sera procédé en tenant compte notamment des critères suivants:

- tous les départements ainsi que la Chancellerie fédérale seront touchés par ces coupes budgétaires;
- ces coupes budgétaires toucheront en premier lieu les secteurs dont les dépenses auront connu la croissance la plus importante – en pour cent – au cours des dix dernières années;
- elles porteront, pour un tiers au minimum, sur les dépenses en personnel ainsi que sur les prestations de tiers.

Proposition Büttiker

Ne pas entrer en matière sur le projet 02.067, 3. Loi sur la poste

Merz Hans-Rudolf (R, AR), für die Kommission: Auf der Grundlage der Botschaft des Bundesrates sowie der gezielten Ausgabenkürzungen vom 23. Oktober durch den Bundesrat unterbreitet Ihnen die Finanzkommission heute den Voranschlag der Eidgenossenschaft für das Jahr 2003. Eingeschlossen sind zwei Massnahmen zur Entlastung des Bundeshaushaltes auf Gesetzesstufe sowie der Nachtrag II zum Voranschlag 2002. Zusammen mit dem neuen Bundesgesetz über die Sperrung und Freigabe von Krediten im Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft und zusammen mit dem Finanzplan 2004–2006 bilden diese Geschäfte das Budgetpaket. Wir behandeln die Vorlagen einzeln und stimmen jeweils auch einzeln darüber ab.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch. Methodisch schlage ich Ihnen vor, Herr Präsident, dass wir eine gemeinsame Eintretensdebatte über alle Finanzvorlagen führen, dass wir dann zuerst über das Kreditsperrungsgesetz beschliessen – denn dieses ist eine zwingende Voraussetzung für die Behandlung des Voranschlages – und dass wir anschliessend departementsweise die Budgetpositionen beraten. Ganz am Ende der Beratung dieses Paketes erfolgen dann die Abstimmungen über die insgesamt fünf Bundesbeschlüsse sowie über den Bericht zum Finanzplan 2004–2006.

Sie kennen die Ausgangslage. Wenn jeweils an einem heissen Sommerabend allenthalben frohgemut die Quartier- und Volksfeste stattfinden und sich bei schwülem Wetter die berühmten Hitzegewitter ankünden, dann zögern die Veranstalter. Soll man mit etwas Mut zum Risiko draussen im Freien bleiben, oder soll die Party von Anfang an im Schutz der Turnhalle stattfinden, wo die Luft etwas stickiger ist und die Platzverhältnisse enger sind? Beim Auftürmen der Gewitterwolken hielt es der Bundesrat recht lange – Einzelne sagen: zu lange – auf der Festbestuhlung draussen unter dem freien Himmel und im schönen Wetter aus, hemdsärmelig das Lüftchen geniessend. Aber die Meteorologie von Volkswirtschaft und Bundesfinanzen machte es ihm in der Tat nicht leicht, den Anlass zu verlegen. Eine Gesamtschau der Haushaltsperspektiven zeigte im Sommer erstens, dass der Bundeshaushalt strukturell überlastet und zudem zweitens hauptsächlich durch Mehrausgaben in Milliardenhöhe bedroht ist. Drittens zeichneten sich Mindereinnahmen ab, vor allem im Fiskalbereich. Gleichzeitig kränkelte viertens die weltweite Konjunktur. Als schliesslich im Herbst dann alle in- und ausländischen Prognosen für das Jahr 2002 und das nächstfolgende Jahr 2003 teils kräftig nach unten korrigiert wurden, konnte das Budget unter solchen sich aufblühenden Kumuli – man nennt sie auch Blumenkohlwolken – nicht mehr gehalten werden. Zudem war es nicht mehr mit der Schuldenbremse konform. Wir mussten «was gisch, was hesch» in den «Schärme» fliehen. Während alle noch versuchten, ihre Habseligkeiten ins Trockene zu bringen, dachte der Veranstalter Bundesrat völlig zu Recht darüber nach, wie er in den kommenden Jahren einen derartigen Festablauf verhindern könnte.

Heute müssen wir davon ausgehen, dass die Zeit der «Openair-Festivals» des Bundes vorbei ist. Der Staat muss sich künftig in den etwas engeren Raum des Mehrzweckgebäudes zurückziehen. Der Staat ist ja auch ein Mehrzweckgebilde. Er muss optimieren, er muss in kleineren Räumen dafür sorgen, dass sich alle entfalten können. Deshalb zuerst ein Wort zur Finanzplanung.

Die Finanzkommission legt immer mehr Gewicht auf den Finanzplan. Er ist ein strategisches Instrument. War für Carl von Clausewitz der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so ist für uns die Finanzplanung die Fortsetzung der Politik mit knappen oder gar mit fehlenden Mitteln. Beim unvoreingenommenen Blick in die Planungszahlen von 2004 bis 2006 fällt allerdings auf, dass die Ersteller dieser Planung eine solche Einsicht nicht ganz teilten. Gemäss